

Limmattalbahn, ein Werk für die Zukunft

Die Vorlage für die Limmattalbahn ist ein Gesamtprojekt. Sie dient mit dem Ausbau verschiedener neuralgischer Strassenknoten dem Individualverkehr und bringt gleichzeitig einen leistungsfähigen, komfortablen öffentlichen Zubringer für die Bahn. Die Finanzierung ist über den kantonalen Verkehrsfonds und Beiträge des Bundes aus dem Programm Agglomerationsverkehr sehr vorteilhaft geregelt. Die Gesamtkosten sind vergleichbar mit jenen der erfolgreichen Glattalbahn, die heute niemand mehr wegdenken möchte. Alternativen wie der Ausbau des Busangebots sind angesichts der heutigen Situation nicht realistisch.

Unsere Vorfahren gestalteten mit weitsichtigen Vorhaben – öffentliche Schulen, SBB, AHV, Nationalstrassen usw. – für uns die Gegenwart. Davon profitieren wir alle. Genau so ist es nun unsere Aufgabe, die kommende Entwicklung aufzufangen – im Interesse aller. Ich durfte mit Stolz fast 40 Jahre an der Schule Schlieren eine grosse Anzahl junger Leute begleiten. Ich empfehle mit Überzeugung, ein stolzes und zukunftsgerichtetes Werk für unser Tal kräftig zu unterstützen.

Philipp Meier, Schlieren

Fast hellseherisch behauptet Hans Geiger in seinem Leserbrief, dass die Limmattaler die Limmattalbahn ablehnen (NZZ 23. 10. 15). Recht hat er, wenn er behauptet, die Opposition sei laut, aber nur, wenn man die von wenigen Fundamentalgegnern des öV orchestrierten Leserbriefschreiber als Fakt für die Stimmung nimmt. Hat sich hier ein ehemaliger Finanzexperte zum Verkehrs- und Prognoseexperten gemauert?

Alle Stadt- und Gemeindebehörden, das ganze Spektrum der massgeblichen Parteien auf Bezirksebene und zahlreiche Organisationen aus Gewerbe, Industrie und Handel sprechen sich für die Limmattalbahn aus. Worauf stützen sie sich? Auf eine solide, fast 20-jährige Arbeit in der Richtplanung des Limmattals und der Kantone Zürich und Aargau. Als Präsident der Planungsgruppe Limmattal (ZPL) habe ich persönlich die vorbereitenden Machbarkeitsüberprüfungen für die Lösung unserer Verkehrsprobleme begleitet. Schon Ende des letzten Jahrhunderts wurde klar erkannt, dass ohne eine umfassende Gesamtplanung die notwendige Lebensqualität für das Limmattal nicht zu gewährleisten ist. Der vorhandene Raum

An unsere Leserinnen und Leser

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach
8021 Zürich, Fax 044 252 13 29
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

im öV reicht allein nicht für eine Lösung. Für eine reine Bus-Lösung fehlt auf unseren Strassen die nötige Kapazität. Die damals unterschätzten Wachstumsprognosen sind in den letzten Jahren massiv übertroffen worden.

Ohne diesen zusätzlichen Feinverteiler durch unsere grössten Zentren auf der linken Seite der Limmat ist eine vernünftige Bewältigung des Verkehrs nicht mehr möglich. Zudem hat der Regierungsrat auf unsere Forderung im Kantonsrat die Vorlage um einen Ausbau der Zentrumsfahrungen für den Durchgangsverkehr mit 136 Millionen Franken ergänzt. Es braucht die Limmattalbahn für eine gute Lebensqualität in unserem schönen Tal.

Willy Haderer, Unterengstringen

Besonnenheit und Wut treiben an

Mit Interesse habe ich das intelligente Gespräch mit Charles Lewinsky gelesen (NZZ 24. 10. 15). In mir «bärfusst» es manchmal, wenn ich verzweifelt zu Fuss, mit ein paar Gläsern Wein im Kopf, nach Hause laufe, und das tut gut, ist Trost. Wenn ich dann am Tag wieder nüchtern bin, «lewinskete» es in mir, und ich sehe alles wieder ein bisschen klarer, und das ist dann auch Trost.

Mir gefallen die Wut von Bärfuss und die Besonnenheit von Lewinsky, sie halten mich wach, rütteln mich durch, sie sind mir Lebenselixier, dazu wünsche ich mir manchmal, wenn mir die Linken zu langweilig werden, Köppl wäre mit seinem Scharfsinn zufällig auf die linke Seite gekippt. Nun, als Verleger hat er vermutlich raffinierter gehandelt, rechts ist mehr Materielles zu holen. Es brauchte mehr Lewinskys, mehr Bärfüsse und mehr Köppls im Streitgespräch. Es könnte wirklich viel kreatürlicher werden, wenn die Linken manchmal mehr «bärfussen» und die Rechten mehr «lewinken» würden. Das könnte die Verhärtungen manchmal geistreich «entköpplern».

Federico Emanuel Pfaffen, Zürich

Konflikte aufgrund unsinniger Grenzen

David Signer äussert am Ende seines Artikels «Dank Tunesien besteht noch Hoffnung» (NZZ 10. 10. 15), es sei schwierig, zu sagen, warum Tunesien nach dem Abgang seines langjährigen Regenten im Gegensatz zu andern Ländern der Region nicht in Gewalt versank, und rät, darüber nachzudenken. Man könnte umgekehrt auch fragen, was der Grund für die meisten Konflikte ist.

Was Tunesien zugutekam, ist seine weitgehend homogene Bevölkerung gleicher Religion. Denn genau das Gegenteil dessen ist häufig eine der Hauptursachen für Kriege, die von Zentralafrika über Libyen und Syrien bis hin nach Burma wüten: Von den Kolonialmächten wurden Grenzen willkürlich gezogen, oft ohne Rücksicht auf historische, ethnische oder geografische Gegebenheiten. Dies führte nach der Unabhängigkeit zu Spannungen zwischen Völkern und Stämmen, zumal wenn eine Volksgruppe in der Kolonialzeit bevorzugt worden war oder im heutigen Staat zahlenmässig überlegen ist.

Unter Umständen eskaliert der Konflikt dann entlang ethnischer und/oder

religiöser Grenzen wie kürzlich in Mali. Selbst heute pocht der Westen noch auf diese Grenzen, die oft absurd sind und die Entspannung eines Konflikts unterlaufen. Ein Beispiel ist Kosovo. Warum wird Kosovos Norden der Anschluss an Serbien verweigert, wo doch die fast ausschliesslich von Serben bewohnten Gemeinden deutlich gemacht haben, dass sie am kosovarischen Staat nicht teilhaben wollen?

Natürlich hätte dies Signalwirkung für weitere, auch fragwürdige Sezessionsbestrebungen, und natürlich sind diese oft nur schwer zu verwirklichen. Und auch wenn eine Unabhängigkeitsbewegung ihr Ziel erreicht, ist dies kein Garant für Stabilität, wie man im Südsudan sieht, wo ehemalige Alliierte sich nun bekämpfen. Aber letztlich führen Grenzen nach ethnisch-religiösen Gesichtspunkten zu mehr Stabilität. Wer diese fördern will, sollte dem Selbstbestimmungsrecht der Völker mehr Gewicht verleihen und nicht auf Grenzen beharren oder auf Schlagwörtern wie Demokratie und Menschenrechte herumreiten. Sonst darf man über fortwährende Gewalt nicht erstaunt sein.

Andreas Diriwächter, Oberentfelden

Grünes Mäntelchen genügt (nicht)

Den Beitrag von Martin Beckstein «Scheinökologische Politik» (NZZ 14. 10. 15) kann man nur unterstreichen. Was wird nicht alles als «grün» und/oder «bio» verkauft und als solches akzeptiert. Das grüne Mäntelchen hängen sich viele gerne um, ebenso die Parteien. Auch der persönliche Klimaschutz in allen Ehren, aber mein kleiner Beitrag, etwa wenn ich ein paar Mal weniger Auto fahre als gewöhnlich und damit mein Gewissen zu beruhigen versuche oder solche Mini-Aktionen als vorbildhaft darstelle, ist irgendwie lächerlich angesichts der laufenden Umweltverschmutzung durch Industrien in aller Welt. Ökologische Mini- oder Mogelpackungen werden zu rasch akzeptiert oder als Zukunftsschritte angepriesen, aber doch oft mehr zur Beruhigung des Gewissens und/oder weil sie der eigenen Bequemlichkeit entgegenkommen.

Die gesamte Umweltbilanz (alle Vor- und Nachteile, negative und positive Auswirkungen) wird ungenügend aufgetischt, lieber und einfacher machen sich Einzelaktionen, oder man stellt «umweltfreundliche» Geräte ins Schaufenster. Energieeinsparungen, die im Einzelfall erreicht werden, werden insgesamt wieder gerne kompensiert – durch mehr Energieverbrauch an anderer Stelle. Dieses selektive Umweltverhalten wird ungenügend hinterfragt.

Beckstein fordert daher zu Recht etwas mehr Selbstkritik ein, solche schliesst bekanntlich auch das Bewusstsein ein, doch nicht so gut zu sein, wie man eigentlich möchte oder es vielleicht gesagt hatte. Die Müllproduktion etwa, auch durch immer kürzere Produktzyklen, hält ja unvermindert an. Wenn man sieht, wie sehr viele Geschäfte zeitweise ihre Produkte «verbilligen», nur um diese loszuwerden und wieder Platz für neue zu schaffen, dann ist das kein Beleg für Umweltfreundlichkeit. Auch die Gesamtfläche an freien, unverbauten Böden wird täglich nicht grösser, sondern kleiner, allen umweltpolitischen Fortschritten, oder was dafür gehalten wird, zum Trotz.

Das grüne Mäntelchen ist sehr beliebt, und es genügt (nicht).

Karl Brunner, A-Klagenfurt

WAS LÄUFT FALSCH?

Vom Wert der Industrie

Gastkommentar

von MATTHIAS BAUMBERGER, VSLF

Mittelständische Unternehmen sind ein wichtiges Fundament unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Sie halten die Innovation hoch und sorgen für Wirtschaftswachstum und Prosperität. Um diese Funktion zu erfüllen, braucht ein lebendiges Unternehmertum gute staatliche Rahmenbedingungen. Das ist aus dem Grusswort von Bundesrat Schneider-Ammann zum «Manifest für den industriellen Mittelstand» abgeleitet, mit dem der Verband der Schweizerischen Lack- und Farbenindustrie (VSLF) 2012 Öffentlichkeit, Politik und Verwaltung auf Entwicklungen aufmerksam gemacht hat, in denen etwas falsch läuft. Testet man die Resultate der damals in Deutschland, Österreich und der Schweiz durchgeführten Analyse auf ihre heutige Relevanz, wird klar: Zentrale Schweiz-spezifische Aspekte haben nichts von ihrer Brisanz verloren.

Beim Frankenkurs keimt immerhin die Hoffnung, dass sich das kaufkraftbereinigte Verhältnis von Franken zu Euro einem akzeptablen und verkraftbaren Niveau nähert. Bei zwei anderen Aspekten jedoch sahen wir von Staat und Behörden gern einen entschiedeneren Einsatz: beim Widerstand gegen die Deindustrialisierung der Schweiz und den parallel verlaufenden Image- und Bedeutungsverlust der dualen Berufsausbildung für Industrie und Gewerbe sowie beim Kampf gegen die ungehindert wuchernde Reglementierung.

Im «Forum für den industriellen Mittelstand», einer Expertenrunde aus Wissenschaftlern, Politikern, Industrievertretern und Unternehmern aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, hat der VSLF im Frühjahr 2015 die Bedeutung des sekundären Sektors für die Volkswirtschaften und ihre Beschäftigung analysiert. Die Erkenntnis: Länder mit einer vernünftigen Industrie-

Das Dogma «Mehr akademische Bildung ist gut für die Wirtschaft» muss stets hinterfragt werden.

quote weisen deutlich höhere Beschäftigungsquoten und Wachstumschancen sowie geringere Arbeitslosenzahlen aus als solche, die der Deindustrialisierung freien Lauf lassen. Um aber globale Trends zur Bildung industrieller Cluster, zur Smart Factory oder Industrie 4.0 aktiv mitgestalten und später davon profitieren zu können, wird ein Angebot von entsprechend qualifizierten Fachkräften vorausgesetzt. Mit den zwei ETH, den technischen Fach- und Hochschulen sowie der dualen Berufsausbildung verfügt die Schweiz eigentlich über ausgezeichnete Bildungseinrichtungen, um einen Grossteil des künftigen Bedarfs an solchen Fachkräften auf allen Unternehmensebenen sicherzustellen.

Doch dieses Fundament zeigt Risse: So reichen die Nachwuchskräfte im Mint-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) seit Jahren nicht, um die Bedürfnisse der Industrie zu befriedigen. Klagen über den Fachkräftemangel reisen selbst heute nicht ab.

Da Fachhochschulen das Potenzial an Nachwuchskräften erfolgreich bearbeiten und damit das für die duale Berufsausbildung verbleibende Angebot reduzieren, muss das OECD-Dogma «Mehr akademische Bildung ist gut für die Wirtschaft» ständig hinterfragt, das Prestige der (nichtakademischen) beruflichen Bildung hingegen gesteigert, sie selbst gefördert und attraktiver gestaltet werden. Mit 31 Massnahmen zur administrativen Entlastung der Wirtschaft will der Bundesrat das Regulierungsdickicht, unter dem die KMU besonders leiden, lichten. Ob es sich hierbei um mehr als den Tropfen auf den heissen Stein handelt, bleibt abzuwarten.

Die Mitglieder des VSLF waren seinerzeit skeptisch, als sie die lange Liste von Gesetzesvorlagen vor Augen hatten, mit der Verantwortung und Freiheit der Wirtschaft jedes Jahr von Bund, Kantonen und Gemeinden eingeschränkt werden. Deshalb begrüssen und unterstützen wir die Aktionen von Verbänden und Parteien, welche der Regulierungsflut den Kampf angesagt haben, und geben der Erwartung Ausdruck, dass sich der Bundesrat hier noch wesentlich stärker engagiert.

Matthias Baumberger ist Direktor des Verbandes der Schweizerischen Lack- und Farbenindustrie (VSLF).

In der Rubrik «Was läuft falsch?» beschreiben Verbände und Organisationen, was sich ihrer Meinung nach in der Schweiz ändern müsste.

Neue Zürcher Zeitung

UND
SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 236. Jahrgang

REDAKTION
Chefredaktor:
Eric Gujer
Chefredaktorin Neue Produkte:
Anita Zieлина
Stellvertreter:
Luzi Bernet, Colette Gradwohl, René Zeller

Tagesleitung: Colette Gradwohl, Christoph Fisch, Thomas Stamm, Anja Grünenfelder, Peter Sennhauser

International: Peter Rásonyi, Andreas Rüesch, Andreas Wysleng, Werner J. Marti, Beat Bumbacher, Stefan Reis

Schweizer, Nicole Anliker, Nina Belz, Marie-Astrid Langer, David Signer

Schweiz: René Zeller, Claudia Baer, Markus Hofmann, Paul Schneeburger, Simon Gemperli, Davide Scruzi, Michael Schönenberger, Valérie Zaslowski, Frank Sieber, Marcel Amrein, Nadine Jürgensen, Marc Tribelhorn

Bundeshaus: Markus Häfliger, Christof Forster
Bundesgericht: Katharina Fontana
Medien: Rainer Stadler
Wirtschaft / Börse: Peter A. Fischer, Werner Erz, Ermes Gallarotti, Sergio Aiolfi, Thomas Fuster, Christin Severin, Nicole Rüttli Ruzic, Andrea Martel Fus, Michael Rasch, Giorgio V. Müller, Michael Ferber, Lucie Paška, Hansueli Schöchli, Thomas Schürpf, Zoé Inés Baches Kunz, Natalie Gratwohl, Werner Grundelner, Daniel Imwinkelried, Christof Leisinger, Anne-Barbara Luft

Feuilleton: Martin Meyer, Roman Hollenstein, Angela Schader, Barbara Villiger Heilig, Andreas Breitenstein, Claudia Schwartz, Andrea Köhler, Thomas Ribl, Uwe Justus Wenzel, Ueli Bernays, Roman Bucheli, Urs Steiner, Susanne Ostwald, Philipp Meier, Samuel Herzog

Zürich: Luzi Bernet, Christina Neuhaus, Dorothee Vögeli, Irène Troxler, Urs Bühler, Walter Bernet, Brigitte Hürimann, Stefan Hotz, Adi Kälin, Natalie Awaniso, Andreas Schärer

Sport: Elmar Wagner, Flurin Clajina, Andreas Kopp, Benjamin Steffen, Daniel Germann, Peter B. Birrer, Anja Knabenhans
Meinung & Debatte: Martin Senti, Elena Panagiotidis
Panorama: Katja Baigler, Susanna Ellner

Nachrichtenredaktion: Anja Grünenfelder, Manuela Nyffenegger, Marc Ronner, Michèle Schell, Roman Sigrist
Reporter: Marcel Gy, Alois Fausi
Wissenschaft: Christian Speicher, Alan Niederer, Stephanie Kusma, Lena Stallmach
Beilagen (Bildung und Gesellschaft / Mobil - Digital / Reisen und Freizeit, Campus): Walter Hagenbüchle, Stefan Betschon, Susanna Müller, Claudia Wirz, Michael Baumann, Henning Steier, Ania Chudozilov, Barbara Ehrensperger, Robin Schwarzenbach

GESTALTUNG

Art-Direktion/Bild: Brigitte Meyer. Fotografen: Christoph Ruckstuhl. Blattplanung: Philipp Müller. Produktion:

Hansruedi Frei. Korrektorat: Yvonne Bettchen. Archiv: Ruth Haener. Projekte: André Maerz

Rechtskonsultantin der Redaktion: Claudia Schoch

WEITERE REDAKTIONEN

NZZ am Sonntag: Chefredaktor: Felix E. Müller. NZZ-Folio: Daniel Weber. NZZ-Format: Tobias Wolff. NZZ-Campus: Ronald Schenkel

NZZ-MEDIENGRUPPE

Veit V. Dengler (CEO)

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 252 13 29, leserbriefe@nzz.ch, Internet: www.nzz.ch, E-Mail: redaktion@nzz.ch

Verlag: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, E-Mail: verlag@nzz.ch

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Schweiz; Tel. 044 258 15 30, Fax 044 258 18 39, Ausland: Tel. +41 44 258 18 03, Fax +41 44 258 18 29, www.nzz.ch/leserservice, E-Mail: leserservice@nzz.ch

Inserate: NZZ Media Solutions AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 16 98, Fax 044 258 13 70, E-Mail: inserate@nzz.ch, Internet: www.nzzmedia.com/solutions.ch
Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergstrasse 1, CH-8045 Zürich

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST.)

Abonnement NZZ inkl. digitaler Ausgaben: 675 Fr. (12 Monate), 373 Fr. (6 Monate), 197 Fr. (3 Monate)

Abonnement NZZ Digital: 498 Fr. (12 Monate), 278 Fr. (6 Monate), 152 Fr. (3 Monate), 48 Fr. (10 Wochen)

Pendlerabo NZZ: 578 Fr. (12 Monate), 313 Fr. (6 Monate), 166 Fr. (3 Monate), 58 Fr. (10 Wochen). Montag bis Samstag digital, am Samstag zusätzlich die gedruckte Ausgabe

Abonnement Deutschland und Österreich inkl. digitaler Ausgaben: 498 € (12 Monate), 268 € (6 Monate), 135 € (3 Monate), übrige Auslandspreise auf Anfrage

Kombi-Abonnement NZZ und NZZ am Sonntag inkl. digitaler Ausgaben: 783 Fr. (12 Monate), 445 Fr. (6 Monate), 239 Fr. (3 Monate), 90 Fr. (10 Wochen)

Studenten und Lernende: 40 Prozent Rabatt auf Abonnementpreise (mit gültigem Studenten- oder Lehrlingsausweis)

Alle Preise gültig ab 1. 1. 2015

Die Abonnementadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermietet.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2015

BEGLAUBIGTE AUFLAGE

Verbreitete Auflage: 124 043 Ex. (Wemf 2014)

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen.
© Neue Zürcher Zeitung AG